Coaching
Kommunaler Klimaschutz

Das *(Durch)*StarterPaket

StarterMaßnahmen für das Handlungsfeld

7 Klimagerechtigkeit

Inhalt

- **Zusammenfassung für schnelle Leser** 3
- **Einführung** 5
- **A Motivation** 5
- **B Was die Kommunalpolitik beachten sollte** 6
- **C Was die Kommunalverwaltung beachten sollte** 7
- **Entscheidungshilfe** 8

Impressum

Text: Oliver Finus, Deutsche Umwelthilfe
Redaktion: Daria Junggeburth, Deutsche Umwelthilfe; Benjamin Gugel, IFEU-Institut
Grafische Gestaltung: Claudia Kunitzsch, Deutsche Umwelthilfe
Titelfoto: knipseline/Pixelio
Stand: Überarbeitete Fassung, April 2015

Die weibliche Form ist in dieser Veröffentlichung der männlichen Form gleichgestellt. Lediglich aus Gründen der Vereinfachung wurde auf die durchgängige Nennung beider Formen verzichtet.

Projektpartner

Klima-Bündnis e.V.
Carsten Kuhn
c.kuhn@klimabuendnis.org

Klima-Bündnis

Deutsche Umwelthilfe e.V.
Oliver Finus
finus@duh.de

Deutsche Umwelthilfe

IFEU-Institut
Benjamin Gugel
benjamin.gugel@ifeu.de

ifeu INSTITUT FÜR ENERGIE- UND UMWELTFORSCHUNG HEIDELBERG

Gefördert durch:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

NATIONALE KLIMASCHUTZ INITIATIVE

Das Projekt „Startschuss Klimaschutz – Transformationsbegleitung für Kommunen mit Hilfe des Instruments Coaching Kommunaler Klimaschutz“ wird im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) gefördert. Im Rahmen dieses Projekts wurde das (Durch)StarterPaket grundlegend überarbeitet.

Zusammenfassung für schnelle Leser

A Motivation

Klimaschutz ist ein global relevantes Thema, das auf lokaler Ebene in konkrete Maßnahmen und Projekte überführt werden muss. Um der eigenen Bevölkerung die globale Dimension des Klimaschutzes zu verdeutlichen, können beispielsweise Nord-Süd-Klimaschutzpartnerschaften neu initiiert oder bestehende Partnerschaften hinsichtlich des Aspekts „Kommunaler Klimaschutz" erweitert werden. Beispiele für konkrete Auswirkungen des bereits deutlich wahrnehmbaren Klimawandels und kollegialer Austausch mit Betroffenen in Partnerkommunen lassen die Motivation für aktives Handeln vor Ort steigen. Die globale Herausforderung und Dimension des Klimaschutzes sollten als Querschnittsaufgabe gerade auch in Fragen der lokalen Daseinsvorsorge immer mit bedacht werden, so dass die global bedeutsamen Auswirkungen der Entscheidungen von Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung z. B. in der Beschaffungstätigkeit reflektiert werden.

B Was die Kommunalpolitik beachten sollte

Bestehende Partnerschaften in Richtung Klimaschutz ausrichten

Umsetzungsschritte

» Sollten schon Städtepartnerschaften zu Kommunen auf der südlichen Erdhalbkugel bestehen, kann das Kommunalparlament anregen, den Aspekt „Klimaschutz - Klimawandel" - je nach Intensität der Partnerschaft - bei den Treffen in einer interkommunalen Arbeitsgruppe zu diskutieren und den informellen Austausch zu fördern.

» Regen Sie aus den Reihen des Kommunalparlaments die Gründung eines Fördervereins an, der sich der Pflege einer Nord-Süd-Klimaschutzpartnerschaft annimmt. Gründungsmitglieder und Vorsitzende können aus den Reihen des Kommunalparlaments kommen und damit dem Anliegen politisches Gewicht verleihen.

„Klimagerechtigkeit" kommunalpolitisch verankern

Umsetzungsschritte

» Veranstalten Sie als Fraktion oder als gesamtes Kommunalparlament einen Informationsabend, der die Nord-Süd-Zusammenhänge im Klimaschutz zum Thema hat.

» Bringen Sie eine Vorlage ein, dass Nord-Süd-Aspekte in Klimaschutzaktivitäten der eigenen Kommune stärker berücksichtigt und vor allem als ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Beschaffungspraxis schriftlich per Ratsbeschluss fixiert werden. Beauftragen Sie die Kommunalverwaltung mit einer regelmäßigen Berichterstattung, wie der globale Klimaschutzaspekt in die Beschaffungspraxis integriert werden kann.

» Stellen Sie als Fraktion den Beschlussantrag, dass Kommune die *Millenniumserklärung* unterzeichnet, um Ihren politischen Willen zu bekunden, dem Aspekt der globalen Dimension des Klimaschutzes mehr Gewicht in der kommunalpolitischen Arbeit einzuräumen.

C Was die Kommunalverwaltung beachten sollte

Mögliche Unterstützungsleistungen diskutieren

Umsetzungsschritte

» Diskutieren Sie, welche konkreten Unterstützungs- und Beratungsleistungen die eigene Kommune für eine Partnerkommune im Süden erbringen kann. Wie kann dem Partner bei der Anpassung an den Klimawandel geholfen werden, z. B. bei der Trinkwasserversorgung, der Abwasserentsorgung, Aufforstungsprojekten, Nutzung erneuerbarer Energien etc.?

In größeren Kommunen kann eine verwaltungsübergreifende Arbeitsgruppe für einen klar festgelegten Zeitraum einberufen werden, die eine Zusammenstellung möglicher Unterstützungsleistungen erarbeitet. So wird das Thema ressortübergreifend diskutiert und in die Alltagspraxis der Verwaltung integriert.

» Stellen Sie denkbare Unterstützungsleistungen dem Kommunalparlament vor und diskutieren Sie, wie die eigene Kommune in der Partnerkommune selbst aktiv helfen kann bzw. an welche Organisationen diese Hilfe delegiert wird.

Mögliche Unterstützungsleistungen diskutieren

Umsetzungsschritte

» Berichten Sie über den Neustart einer Nord-Süd-Partnerschaft oder über deren Neuausrichtung in Bezug auf den Klimaschutz in Kooperation mit der Lokalpresse und auf den Internetseiten der Kommune.

» Organisieren Sie in Ihrer Kommune eine einfach gestaltete Fotoausstellung zu den Folgen und dem Umgang mit dem Klimawandel in der Partnerkommune. Stellen Sie auch dar, wie die Kommune den Partner auf der Südhalbkugel zukünftig unterstützen will und was sich aus der gemeinsamen Partnerschaft für die eigene Kommune lernen lässt.

Eine örtliche Bildungsinitiative „Klimagerechtigkeit“ starten

Umsetzungsschritte

» Laden Sie von Seiten der Kommunalverwaltung alle Bildungsträger vor Ort zu einem Workshop ein und diskutieren Sie, wie das Thema „Klimagerechtigkeit“ in der schulischen und außerschulischen Bildung stärker verankert werden kann.

» Planen Sie zusammen mit den örtlichen Bildungsträgern eine Veranstaltungsreihe zum Thema „Klimagerechtigkeit“, die von Schulen und außerschulischen Einrichtungen besucht werden kann.

D Detailfragen

» *Klären Sie genau ab, welche Unterstützungsleistungen Ihre Kommune aufgrund personeller und finanzieller Ressourcen für eine Partnerkommune zu leisten imstande ist. Beziehen Sie erfahrene Organisationen, die vor Ort präsent sind, in Ihre Überlegungen und konkreten Hilfsleistungen mit ein.*

» *Beziehen Sie Erfahrungen aus bereits abgeschlossenen Lokalen Agenda21-Prozessen und deren Akteuren zum Thema mit ein, wenn diese vor Ort vorhanden sind. In Kooperation mit den Aktiven können die bereits vorhandenen Aktivitäten gebündelt werden.*

Einführung

Schon heute gibt es bereits zahlreiche ehrgeizige und erfolgreiche Projekte zwischen deutschen Kommunen und deren Partnern zumeist auf der südlichen Erdhalbkugel. Dies ist deshalb besonders erwähnenswert, weil es aufgrund der desolaten Situation vieler kommunaler Finanzhaushalte zumeist ein langwieriges Unterfangen darstellt, das Interesse kommunalpolitischer Verteter für Projekte im Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zu wecken. Um bestehende Vorbehalte auszuräumen, ist es sinnvoll, den kommunalen Entscheidungsträgern von Verwaltungsseite Finanzierungsvorschläge zu unterbreiten. Diese sollen aufzeigen, wie ein größeres Engagement der Kommune für globale Aspekte des Klimaschutzes finanziell zu meistern ist (siehe unten). In engagierten Kommunalverwaltungen mittelgroßer Kommunen wie z. B. in Neumarkt i. d. Oberpfalz (Bayern) konnte entsprechendes Know-How in der Entwicklungszusammenarbeit aufgebaut werden, das an andere interessierte Städte und Gemeinden in Deutschland weiter vermittelt werden kann.

Kommunen bilden die Schnittstelle zwischen der nationalen/europäischen Ebene und der Bevölkerung vor Ort bei der Erreichung internationaler Entwicklungsziele (vgl. Millenniumsentwicklungsziele). Mit Projekten, die Klimawandel und Klimaschutz in Partnerkommunen in den Fokus stellen, können Kommunen dokumentieren, dass sie selbst in globaler Verantwortung handeln. Darüber hinaus können Bürgerinnen und Bürger für die Mitarbeit gewonnen werden, um ganz konkrete Verbesserungen in Partnerkommunen herbeizuführen.

Tritt die Kommune als Initiator und Mentor von Projektideen auf, so wird es auch leichter sein, private Spenden einzuwerben. Das *(Durch)*StarterPaket bietet Ihnen Möglichkeiten an, wie Ihre Kommune in diese Rolle hineinwachsen kann.

Von den Anpassungsleistungen an den Klimawandel, die betroffene Kommunen in Entwicklungsländern erbringen müssen, können Partnerkommunen in Deutschland lernen, wie wichtig die eigenen Klimaschutzbemühungen sind, um den globalen Klimawandel weltweit und nicht nur in Europa auf ein für Mensch und Umwelt handhabbares Niveau zu beschränken.

A Motivation

Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung, der nicht alleine durch Maßnahmen in den Politikfeldern Energie und Umwelt begegnet werden kann. Vielmehr ist ein umfassendes gesellschaftliches Umsteuern notwendig. Dabei geht es vor allem um ein nachhaltiges Wachstum, das sich aus der Abhängigkeit von fossilen Energien löst. Die Lösungsansätze im Klimaschutz können nicht mehr unilateral von einzelnen Staaten oder Regionen diskutiert und umgesetzt werden, ohne die möglichen Auswirkungen in anderen Gebieten der Erde in Betracht zu ziehen.

Das Motto der „Agenda 21“ erhält im Klimaschutz eine ganz neue, praktische Dimension, denn in keinem anderen Bereich sind die gegenseitigen Abhängigkeiten so deutlich wie hier. Der Nord-Süd Aspekt muss deshalb vorrangig als ein Querschnittsthema für alle Maßnahmen im kommunalen Klimaschutz betrachtet werden.

Städte und Gemeinden besitzen Kompetenzen und wertvolle Erfahrungen, die für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit und für Kommunen in den Entwicklungs- und Schwellenländern relevant sind. Die entwicklungspolitische Arbeit kann sich in konkreten Partnerschaften und Projekten oder/und einer Bildungsarbeit vor Ort zeigen. Kommunale Entwicklungspartnerschaften dienen dem Erfahrungsaustausch und dem Wissenstransfer auf Verwaltungsebene und können den Partnerkommunen helfen eigene Kapazitäten aufzubauen.

Wie kann nun konkret damit begonnen werden, den Nord-Süd-Aspekt stärker in das alltägliche kommunalpolitische Handeln und das Verwaltungshandeln zu integrieren?

Ein gangbarer Weg für „Einstiegskommunen“ ist es, Klimaschutzpartnerschaften neu zu initiieren oder bestehende Partnerschaften hinsichtlich des Aspekts „Kommunaler Klimaschutz“ zu erweitern. Je anschaulicher die Themen Klimawandel und Klimaschutz in ihrer Relevanz für eine Partnerkommune auf der südlichen Erdhalbkugel verdeutlicht werden können, desto interessierter werden sich Bürgerinnen und Bürger in diesem Zusammenhang engagieren und eigene Projekte ins Leben rufen. Ebenso wird das eigene Handeln in seinen globalen Dimensionen und Auswirkungen deutlicher und auch vor diesem Hintergrund stärker hinterfragt.

B Was die Kommunalpolitik beachten sollte

Bestehende Partnerschaften in Richtung Klimaschutz ausrichten

Umsetzungsschritte

» **Erweitern Sie bestehende Partnerschaften um den Aspekt „Klimaschutz“**

Sollten schon Städtepartnerschaften zu Kommunen im globalen Süden bestehen, kann das Kommunalparlament anregen, den Aspekt „Klimaschutz – Klimawandel“ – je nach Intensität der Partnerschaft – bei den Treffen in einer interkommunalen Arbeitsgruppe zu diskutieren und den informellen Austausch zu fördern.

Beispiel: Die 10.000 Einwohner zählende Stadt *Lauingen an der Donau* zeigt, wie auch kleinere Kommunen Partnerschaften im Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und des globalen Klimaschutzes aufbauen können. Die bayrische Kleinstadt hat in Zusammenarbeit mit weiteren Institutionen ein „internationales Austauschprogramm für Umweltschutz“ mit der Stadt Lagos-Island in Nigeria entwickelt und ins Leben gerufen.

» **Regen Sie die Gründung eines Fördervereins an**

Regen Sie aus den Reihen des Kommunalparlaments die Gründung eines Fördervereins an, der sich der Pflege einer Nord-Süd-Klimaschutzpartnerschaft annimmt. Gründungsmitglieder und Vorsitzende können aus den Reihen des Kommunalparlaments kommen und damit dem Anliegen politisches Gewicht verleihen. Mit Ihrer Präsenz in den Vereinsgremien werden Sie zum Vorbild für weitere Bürgerinnen und Bürger, sich für eine kommunale Klimaschutzpartnerschaft zu engagieren.

„Klimagerechtigkeit“ kommunalpolitisch verankern

Umsetzungsschritte

» **Veranstalten Sie einen Informationsabend zum Nord-Süd-Aspekt**

Laden Sie Aktive aus Eine-Welt-Gruppen vor Ort bzw. aus dem Landkreis ein, die sich mit den globalen Zusammenhängen des Klimawandels auseinandersetzen. Diskutieren Sie mit Ihnen Auswirkungen kommunalen Handels auf den Klimawandel (z. B. Auswirkungen der Ausweitung des Einsatzes von Palmöl in kommunalen BHKW oder Einsatz von „Biokraftstoffen“ im kommunalen Fuhrpark).

» **Führen Sie einen Ratsbeschluss zur Berücksichtigung globaler Klimaschutzaspekte herbei**

Bringen Sie einen interfraktionellen Antrag ein, dass Nord-Süd-Aspekte in Klimaschutzaktivitäten der eigenen Kommune stärker berücksichtigt werden. Der Fokus sollte dabei auf der Berücksichtigung in der kommunalen Beschaffungspraxis liegen, da die Kommune durch Ihre Beschaffungstätigkeit über Marktmacht verfügt.

Beantragen Sie einen Ratsbeschluss, der die Berücksichtigung globaler Aspekte des Klimaschutzes in der Beschaffungspraxis festlegt und auch soziale Belange in Entwicklungs- und Schwellenländern einbezieht (z. B. kein Einkauf von Produkten, die ein Gefährdungspotenzial für den Tropischen Regenwald mit sich bringen; keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit; Einkauf von Produkten aus fairem Handel). Beauftragen Sie die Kommunalverwaltung mit einer regelmäßigen Berichterstattung, wie der globale Klimaschutzaspekt in die Beschaffungspraxis integriert werden kann.

» **Unterzeichnen Sie die Millenniumserklärung der Kommunen**

Sie können den politischen Willen zu mehr entwicklungspolitischem Engagement der Kommune dadurch betonen, indem Sie die *Millenniumserklärung der Kommunen* unterzeichnen.

Der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund empfehlen ihren Mitgliedskommunen und Landesverbänden, sich verstärkt für die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele zu engagieren. Als Grundlage des kommunalen Engagements bieten sie den Mitgliedern die Millenniumserklärung der Kommunen an. Die Erklärung enthält im Wesentlichen ein Bekenntnis der Kommunen zu den acht im Jahr 2000 verabschiedeten UN-Millenniumentwicklungszielen, deren Umsetzung im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen und daran mitzuwirken, dass diese eine größere Aufmerksamkeit erhalten.

Mit der entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Unterzeichnung können Sie eine größere Bereitschaft in Ihrer Bevölkerung wecken, sich mit dem Thema „Klimagerechtigkeit“ auseinanderzusetzen.

C Was die Kommunalverwaltung beachten sollte

Mögliche Unterstützungsleistungen diskutieren

Umsetzungsschritte

» **Stellen Sie mögliche Unterstützungsleistungen zusammen**

Stellen Sie konkrete Unterstützungs- und Beratungsleistungen, die von der Kommune für die Partnerkommune erbracht werden können, zusammen. Diskutieren Sie innerhalb der Kommunalverwaltung, welche dieser Leistungen die eigene Kommune für den Partner im Süden erbringen kann. Wie kann dem Partner bei der Anpassung an den Klimawandel geholfen werden, z. B. bei der Trinkwasserversorgung und -behandlung, der Abwasserentsorgung, Aufforstungsprojekten, Nutzung erneuerbarer Energien etc.?

Start **Tipp: Mitgliedskommunen des Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder sind Partnerschaften mit indigenen Gemeinden/Völkern eingegangen und unterstützen Projekte zur konkreten Umsetzung der Milleniumsziele (siehe „Was die Kommunalpolitik beachten sollte“). Darüber hinaus bietet das Klima-Bündnis *Fortbildungen* für Mitarbeiter in Kommunalverwaltungen an und hält Angebote bereit, wie sie den Milleniumsprozess in ihr Verwaltungshandeln integrieren können.**

Start **Tipp: Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt hat eine Vorstudie mit dem Titel *„50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“* erarbeitet. In dieser Publikation sind auch kommunale Fallbeispiele festgehalten, die zeigen, wie eine Nord-Süd-Klimaschutzpartnerschaft – auch in einer kleineren Kommune – ausgestaltet werden kann. Ziel des aus der Vorstudie entwickelten *Projekts* ist es, Klimaschutz systematisch in die bestehende kommunale Partnerschaftsarbeit zu integrieren. Seit 2011 haben Kommunen im Rahmen des *Förderprogramms für kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte* des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Möglichkeit, finanzielle Unterstützung für entwicklungspolitische Partnervorhaben zu beantragen**

» **Präsentieren Sie Ihre Vorstellungen vor dem Kommunalparlament**

Stellen Sie denkbare Unterstützungsleistungen dem Kommunalparlament vor und diskutieren Sie, wie die eigene Kommune in der Partnerkommune selbst aktiv helfen kann. Alternativ kann diskutiert werden, an welche Organisationen diese Hilfe delegiert wird bzw. wie Unterstützung mit Hilfe erfahrener Partner aus der Entwicklungszusammenarbeit vor Ort organisiert werden kann.

Die kritische Haushaltslage einer Vielzahl von Kommunen schlägt sich in vielen Handlungsfeldern nieder. Sie sollte jedoch kein Hindernis sein, sich (weiterhin) für den globalen Klimaschutz zu engagieren. Stellen Sie der Verwaltungsspitze und dem Kommunalparlament Möglichkeiten der Finanzierung von Projekten dar, beispielsweise:

- Staatliche Fördereinrichtungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene
- Förderungen über Stiftungen und ähnliche Institutionen
- Public Private Partnership (PPP) – Sponsoring durch Privatwirtschaft
- Spendenaktionen für BürgerInnen/MitarbeiterInnen, z. B. Restcent-Aktionen

Start **Tipp: Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt hat einen *Finanzierungsratgeber* für Projekte im Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit entwickelt. Über diese Datenbank erhalten Sie Anregungen für Finanzierungsmodelle.**

Nord-Süd-Klimaschutzpartnerschaften öffentlich machen

Umsetzungsschritte

» **Machen Sie die Partnerschaft öffentlich**

Berichten Sie über den Neustart einer Nord-Süd-Partnerschaft oder über deren Neuausrichtung in Bezug auf den Klimaschutz in Kooperation mit der Lokalpresse und auf den Internetseiten der Kommune.

» **Organisieren Sie eine Ausstellung**

Organisieren Sie in Ihrer Kommune eine einfach gestaltete Fotoausstellung zu den Folgen und dem Umgang mit dem Klimawandel in der Partnerkommune. Stellen Sie auch dar, wie die Kommune den Partner auf der Südhalbkugel zukünftig unterstützen will und was sich aus der gemeinsamen Partnerschaft für die eigene Kommune lernen lässt.

Eine örtliche Bildungsinitiative „Klimagerechtigkeit“ starten

Umsetzungsschritte

» **Organisieren Sie einen Workshop mit örtlichen Bildungsträgern**

Rufen Sie die örtlichen schulischen und außerschulischen Bildungsträger zu einem Workshop zusammen oder initiieren Sie einen solchen Workshop auf Landkreisebene. Gemeinsam können Sie ausloten, welche Möglichkeiten es gibt, das Thema der globalen Dimensionen des Klimaschutzes in Bildungsangebote vor Ort zu integrieren.

» **Organisieren Sie eine Veranstaltungsreihe**

Organisieren Sie zusammen mit den örtlichen Bildungsträgern eine Veranstaltungsreihe zum Thema „Klimagerechtigkeit“, an der schulische und außerschulische Bildungseinrichtungen teilnehmen können.

Hier kann unter anderem veranschaulicht werden, welche Auswirkungen Kaufentscheidungen von Kindern und Jugendlichen im Zusammenhang mit dem globalen Klimawandel haben. Die Zielgruppe wird für das Thema sensibilisiert und entwickelt eigene Projektideen.

Start

Tipp: Die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“ endete im Jahr 2014. Kommunale Projekte aus dem Bereich Bildung für Nachhaltigkeit lassen sich jedoch über eine BNE-Datenbank abrufen. Viele kleine und mittlere Kommunen haben für ihre Projekte eine Auszeichnung im Rahmen der UN-Dekade erhalten. In der *Datenbank* können Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kommunen oder Bildungseinrichtungen gezielt nach Projekten suchen, die Themenfelder wie internationale Gerechtigkeit und Klimaschutz miteinander verbinden.

Entscheidungshilfe

Die folgenden Fragen sollen Ihnen dabei helfen, einzuschätzen, ob es sich für Ihre Kommune lohnt, vorrangig Aktivitäten im Handlungsfeld 7 *Klimagerechtigkeit* zu entwickeln.

Sollten Sie zwei der vier Anhaltspunkte ankreuzen können, empfehlen wir Ihnen mit Hilfe des *(Durch)*StarterPaketes in diesem Handlungsfeld des kommunalen Klimaschutzes aktiv zu werden.

Politische und finanzielle Rahmenbedingungen

- ☐ Die Kommunalpolitik und die Verwaltungsspitze haben Interesse daran, die kommunale Entwicklungszusammenarbeit zum Thema Klimaschutz auszubauen.
- ☐ Ihre Kommune befindet sich nicht in einem Haushaltssicherungskonzept, so dass auch für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit Finanzmittel in beschränktem Umfang zur Verfügung gestellt werden können.

Organisatorische Rahmenbedingungen

- ☐ Es bestehen bereits außereuropäische Städtepartnerschaften mit Kommunen auf der Südhalbkugel.
- ☐ Es gibt Eine-Welt-Gruppen vor Ort, die bereits laufende Projekte betreuen, in welchen sich die Kommune engagieren und Klimaschutzgesichtspunkte einbringen kann.